

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
 (INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

22. Jahrgang

Berlin, den 28. Oktober 1955

Nummer 43

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die Holzindustrie der Bundesrepublik Deutschland als Lieferant von Investitionsgütern und als Investor 1950 bis 1954

Innerhalb der Holzindustrie der Bundesrepublik sind zwei Gruppen zu unterscheiden, von denen die „Sägewerke und Holzbearbeitung“ den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien zugerechnet werden, während die „Holzverarbeitung“ zu den Verbrauchsgüterindustrien zählt.

Im Rahmen der Investitionsuntersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung¹⁾ wurde bei der Holzindustrie anhand der verfügbaren Daten der Versuch gemacht, die beiden oben unterschiedenen Gruppen in ihrer Bedeutung als Lieferanten von Investitionsgütern und als Investoren getrennt darzustellen.

Die Holzindustrie als Lieferant von Investitionsgütern

Sowohl die Sägewerke als auch die Holzbearbeitung sind typische Grundstoffindustrien. Entsprechend sind mehr als 85 vH des Inlandsabsatzes (der Export ist nur von untergeordneter Bedeutung) Vorlieferungen an andere Industrie- und Wirtschaftszweige. Bis zu 10 vH des Inlandsabsatzes der Jahre 1950 bis 1954

Die Umsatzstruktur der Sägewerke und Holzbearbeitung der Bundesrepublik 1950 bis 1954

	1950	1951	1952	1953	1954	1955 1. Hj.
In Mill. DM zu jeweiligen Preisen						
Gesamtumsatz	1 371	1 867	1 935	1 776	1 946	1 038
Auslandsumsatz	24	54	23	35	61	32
Inlandsumsatz	1 347	1 813	1 912	1 741	1 885	1 006
In vH des Inlandsabsatzes (Schätzung des DIW)						
Verbrauchsgüter	10	8	7	8	8	.
Fertige Investitionsgüter	5	6	7	6	5	.
Zulieferungen für Weiterverarbeitung und gewerbl. Verbrauch	85	86	86	86	87	.

waren Verbrauchsgüter, und nur 5 bis maximal 7 vH des Inlandsabsatzes der letzten Jahre können als fertige Investitionsgüter bezeichnet werden.

Die Umsatzstruktur der holzverarbeitenden Industrie weicht von jener der Sägewerke und Holzbearbeitung erheblich ab. Das Schwergewicht von Produktion und Umsatz liegt hier in zunehmendem Maße bei den Verbrauchsgütern (insbesondere Möbeln). Der Umsatzanteil der fertigen Investitionsgüter war seit 1950 mit 12 bis 13 vH nahezu konstant und damit erheblich höher als bei der holzbearbeitenden Industrie (vgl. die folgende Übersicht).

Faßt man die Ergebnisse der vorstehenden kurzen Absatzanalyse für die gesamte Holzindustrie zusammen, so zeigt sich folgendes:

Die Holzindustrie der Bundesrepublik war an der Bereitstellung von Investitionsgütern für die Zwecke der inländischen Brutto-Anlage-Investition im Jahre 1950 mit einem Anteil von 1,4 vH

¹⁾ Vgl. Wochenberichte des DIW Nr. 10, 15, 18, 24, 30, 31 und 41 (1955).

**Umsatzstruktur der Holzverarbeitenden Industrie
der Bundesrepublik**

	1950	1951	1952	1953	1954	1955 1. Hj.
In Mill. DM zu jeweiligen Preisen						
Gesamtumsatz	1 617	2 227	2 261	2 486	2 850	1 466
Auslandsumsatz	26	65	62	63	87	54
Inlandsumsatz	1 591	2 162	2 199	2 423	2 763	1 412
In vH des Inlandsatzes (Schätzung des DIW)						
Verbrauchsgüter	50	51	56	58	.
Fertige Investitions- güter	12	13	12	12	.
Vorlieferungen	38	36	32	30	.

beteiligt. Dieser aus den Umsatzwerten der Holzindustrie berechnete²⁾ Anteil stieg auf knapp 1,6 vH im Jahre 1952 und sank wieder auf 1,3 vH im Jahre 1954 ab. An der Bereitstellung von Investitionsgütern durch die Industrie der Bundesrepublik war die Holzindustrie mit 3,2 vH (1950), 3,5 vH (1952) und 2,9 vH (1954) beteiligt. Die aus diesen Anteilsziffern der letzten Jahre auch für den Investitionsbereich³⁾ ablehbare Tendenz zur Holzverdrängung trifft für den Sektor des privaten Verbrauchs jedoch nicht zu. Hier ergeben sich — abgesehen von dem Krisenjahr 1952 — bis in die jüngste Zeit steigende Anteile, d. h. die Nachfrage nach Verbrauchsgütern der Holzindustrie wächst auch heute noch schneller als die gesamte Nachfrage der privaten Haushaltungen.

Die Holzindustrie als Investor

Die Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften, die sich bei den meisten Industriezweigen als geeigneter Ausgangspunkt für Investitionsschätzungen erwiesen hat, konnte für die Schätzung der Investitionen der Holzindustrie nicht verwendet werden, da nur ein verschwindend kleiner Teil der Betriebe dieser Industrie in der Form der Aktiengesellschaften betrieben wird. Für die bedeutendste Kategorie der Investitionen — Maschinen und maschinelle Anlagen — kommt man jedoch über die Statistiken der Produktion, Einfuhr und Ausfuhr von Holzbearbeitungsmaschinen (einschließlich Trocknungsanlagen)⁴⁾ zu brauchbaren Größenordnungen, zumal eine mehrjährige Erfahrung erwiesen hat⁵⁾, daß die Struk-

²⁾ Ohne Berücksichtigung der Spannen des der Holzindustrie nachgeschalteten Handels.

³⁾ Noch mehr wirkt sich die Konkurrenz anderer Erzeugnisse bei den Zulieferungen der Holzindustrie an andere Wirtschaftszweige, insbesondere an die Bauwirtschaft, aus.

⁴⁾ Quelle: Statistische Handbücher des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten e. V. (VDMA), Frankfurt-M. Die Nachfrage des Holzhandwerks nach Maschinen und maschinellen Anlagen wurde dabei durch einen für die jeweiligen Jahre gesondert berechneten Abschlag berücksichtigt.

⁵⁾ Vgl. H. Kraus: „Die Holzbearbeitungsmaschinenindustrie, ihre Entwicklung in Westdeutschland von 1945–1951“. Holzwirtschaftliches Jahrbuch 1952, S. 129.

tur des Maschinenparkes — auf die Gesamtheit des Holzgewerbes bezogen — recht konstant ist.

Die Hinzuschätzung der nichtmaschinellen Investitionen wurde in Anlehnung an die früheren Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung über andere Industriezweige, insbesondere den Maschinenbau, durchgeführt, mit dessen Investitionsstruktur die Holzindustrie eine gewisse Ähnlichkeit haben dürfte⁶⁾.

Um den jeweiligen Anteil der Sägewerke und Holzbearbeitung einerseits, der Holzverarbeitung andererseits an den gesamten Investitionen der Holzindustrie in den einzelnen Jahren seit 1950 möglichst exakt schätzen zu können, wurde auf die vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellten Daten über die Nettoproduktionswerte⁷⁾ der beiden hier interessierenden Industriezweige zurückgegriffen, von denen ausgehend eine quantitative Vorstellung über die jeweils für Investitionszwecke verfügbaren „unverteilten Einkommen“ der Unternehmungen, erarbeitet wurde.

Die Berechnung ergab folgende Anteile (in vH):

	1950	1951	1952	1953	1954
Sägewerke und Holzbearbeitung	46,6	46,0	46,6	36,2	40,1
Holzverarbeitung	53,4	54,0	53,4	63,8	59,9

Diese Anteilsziffern wurden auf die Gesamtinvestitionen der Holzindustrie übertragen.

Verschiedene Gründe sprechen dafür, daß die Investitionen der Holzindustrie der Bundesrepublik in den ersten 1½ Jahren nach der Währungsreform höher waren als jemals später. Für diese Zeit stehen jedoch ausreichende statistische Daten als Anhaltspunkte nicht zur Verfügung, so daß die folgende Schätzung sich auf die Jahre 1950 bis 1954 beschränken muß.

Nach den nachstehenden Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ist der Wert der Brutto-Anlage-Investitionen der Holzindustrie von 230 Mill. DM im Jahre 1950 kontinuierlich auf 140 Mill. DM im Jahre 1953 zurückgegangen, hat sich allerdings 1954 wieder auf fast 190 Mill. DM erhöht. An den gesamten Investitionen der Holzindustrie waren die Sägewerke sowie die Betriebe der Holzbearbeitung in den drei Jahren 1950 bis 1952 nahezu konstant mit einem Anteil von knapp 47 vH beteiligt. Der kräftige Rückschlag des Jahres 1953 ließ den

⁶⁾ Einen weiteren Anhaltspunkt bietet der Investitionstest des Ifo-Instituts in München für die Möbelindustrie. Die Investitionsstruktur und -intensität dieser Industrie ist für das Jahr 1954 im Ifo-Schnelldienst Nr. 40 vom 7. Oktober 1955, S. 5, veröffentlicht.

⁷⁾ „Die Industrie der Bundesrepublik Deutschland“, Sonderheft Nr. 7, S. 11.

Investitionsanteil der Sägewerke und Holzbearbeitung auf 36 vH der Gesamtinvestitionen der Holzindustrie absinken; 1954 hat sich zwar der Anteil der Sägewerke und Holzbearbeitungs-

ist auch diese Anteilsziffer ständig zurückgegangen. Sie hat sich 1954 zwar wieder auf knapp 4 vH erhöht, jedoch war damit die auf den Umsatz bezogene Investitionsquote in diesem Jahr nur etwa halb so hoch wie fünf Jahre vorher.

Die Brutto-Anlage-Investitionen der Holzindustrie der Bundesrepublik 1950 bis 1954
Schätzung¹⁾

Industriezweig	1950	1951	1952	1953	1954	Insgesamt ²⁾
In Mill. DM zu jeweiligen Preisen						
Sägewerke und Holzbearbeitung	108	93	81	51	75	408
Holzverarbeitung	124	109	93	90	112	528
Holzindustrie, insgesamt	232	202	174	141	187	936
In vH des jeweiligen Umsatzes						
Sägewerke und Holzbearbeitung	7,9	5,0	4,2	2,9	3,9	4,6
Holzverarbeitung	7,7	4,9	4,1	3,6	3,9	4,6
Holzindustrie, insgesamt	7,8	4,9	4,1	3,3	3,9	4,6
In DM zu jeweiligen Preisen je Beschäftigten						
Sägewerke und Holzbearbeitung	1227	1011	890	607	893	929
Holzverarbeitung	743	589	520	492	563	578
Holzindustrie, insgesamt	910	729	644	528	661	692

¹⁾ Aufgrund der Statistischen Handbücher des VDMA — Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten e. V., Frankfurt-M. — (Holzbearbeitungsmaschinen). Aufteilung der Gesamtinvestitionen auf die Sägewerke und Holzbearbeitung sowie Holzverarbeitung aufgrund einer detaillierten Schätzung der jeweils für Investitionszwecke verfügbaren „unverteilten Einkommen“ der beiden Zweige der Holzindustrie. — ²⁾ bzw. Durchschnitt.

industrie wieder gehoben, jedoch noch nicht wieder auf die vor dem Rückschlag zu verzeichnende relative Höhe.

Bezogen auf den Umsatz wurden im Jahre 1950 in der Holzindustrie etwa 8 vH des Umsatzes in Brutto-Anlagen investiert. Bis zum Jahre 1953

Die stark unterschiedliche Investitionsintensität der Sägewerke und Holzbearbeitungsindustrie einerseits sowie der Holzverarbeitung andererseits kommt am besten zum Ausdruck, wenn man die Höhe der Brutto-Anlage-Investitionen je Beschäftigten zueinander in Beziehung setzt. Im Durchschnitt der fünf Jahre 1950 bis 1954 waren die Brutto-Anlage-Investitionen je Beschäftigten der Sägewerke und Holzbearbeitungsindustrie um rd. 60 vH höher als je Beschäftigten der Holzverarbeitung. Dieses Berechnungsergebnis steht im Einklang mit der Tatsache, daß die Lohnquote in der kapitalintensiveren Sägerei und Holzbearbeitung erheblich niedriger ist als in der holzverarbeitenden Industrie.

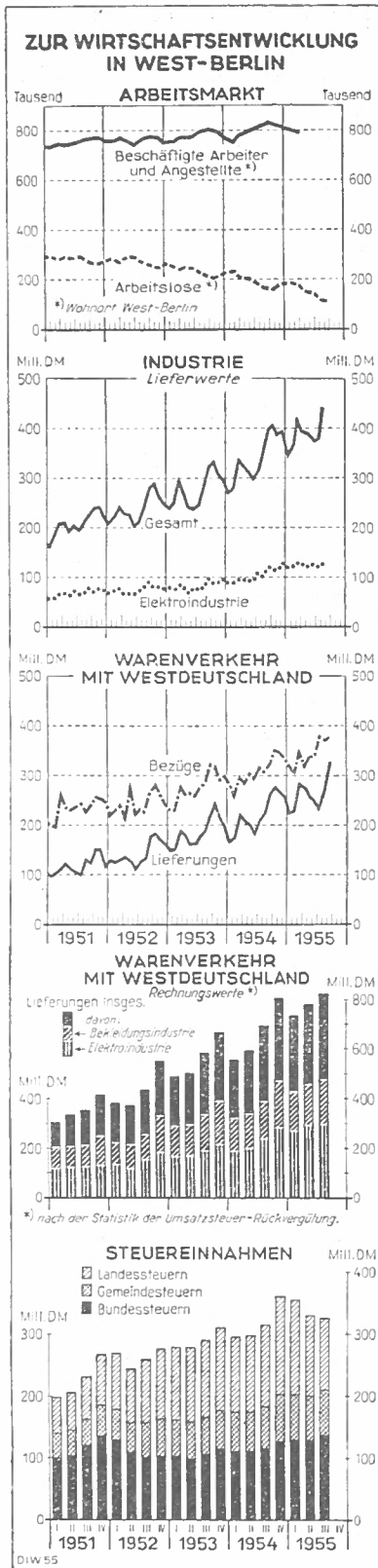
Bedenkt man allerdings, daß die Sägewerke und die Holzbearbeitungsindustrie zu den Grundstoffindustrien rechnen, während die Holzverarbeitung zu den Verbrauchsgüterindustrien gezählt wird, so ergibt sich, daß sowohl die Sägewerke und die Holzbearbeitungsindustrie im Verhältnis zu den übrigen Grundstoffindustrien als auch die Holzverarbeitungsindustrie im Verhältnis zu den übrigen Verbrauchsgüterindustrien nicht übermäßig kapitalintensiv sind. Der durchschnittliche Investitionsaufwand je Beschäftigten war in den beiden jeweils übergeordneten Gruppen ständig erheblich höher als in den zwei hier unterschiedenen Zweigen der Holzindustrie.

Westberliner Wirtschaftslage Mitte Oktober 1955

Die Beschäftigung der Westberliner Wirtschaft hat nunmehr ihren jährlichen Höhepunkt erreicht. Gegenüber dem Vormonat nahm im September die Industrieproduktion um 13 vH zu. An dieser Steigerung waren in der Hauptsache wiederum die Bekleidungsindustrie und Elektrotechnik beteiligt. Entsprechend erhöhte sich der Absatz nach Westdeutschland gegenüber August um rd. 60 Mill. DM auf 326 Mill. DM. Ebenfalls nahm der Auftragseingang in der Industrie im August — infolge stärkerer öffentlicher Aufträge an den Stahl- und Eisenbau — gegenüber dem Vormonat weiter zu.

Insgesamt liegt der industrielle Umsatz nach wie vor um ein Viertel höher als im Vorjahr. Da der industrielle Auftragseingang mit dieser Umsatzsteigerung weiter Schritt hält und auch in den anderen Wirtschaftsbereichen das Wachstum fort dauert, sind güterseitig alle Voraussetzungen gegeben, daß die bisherige hohe Fortschrittsrate des Westberliner Sozialprodukts auch in den nächsten Monaten eingehalten werden kann.

Allerdings würde die weitere Entwicklung ungünstig beeinflußt werden, wenn die für die Berliner Situation ausschlaggebende westdeutsche Konjunktur gedrosselt werden würde,



wie es durch die zur Zeit erwogene generelle Einschränkung der öffentlichen Ausgaben für Investitionszwecke — und nicht nur für Bauten — sowie durch eine weitere Verschärfung der Geldpolitik geschehen könnte.

Ein erheblicher Teil der Westberliner Industrielieferungen ist nämlich für öffentliche Auftraggeber bestimmt. Die annähernde Verdoppelung der öffentlichen Aufträge (einschl. Bundespost und Bundesbahn) im Durchschnitt der vergangenen acht Monate dieses Jahres gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum hatte nicht unwesentlich zu der starken Beschäftigungssteigerung beigetragen. Ein erheblicher Rückgang dieser Aufträge würde daher den bisherigen Aufbau bei den unmittelbar betroffenen Wirtschaftszweigen, das sind vor allem die Elektrotechnik, die Gießereien, die Holzverarbeitung und der Stahl- und Eisenbau, wieder in Frage stellen.

Eine ähnliche Wirkung auf die Gesamtwirtschaft hätten weitere Restriktionen auf dem Geldsektor. Erstens würde eine dadurch bedingte Dämpfung der westdeutschen Konjunktur die Absatzaussichten Berlins im Bundesgebiet beeinträchtigen, zweitens aber ihre uneingeschränkte Übernahme in West-Berlin auch eine vergleichsweise stärkere direkte Wirkung zeigen. Die gegenüber Westdeutschland schwächere Eigenkapitalbasis der Westberliner Betriebe macht sie in höherem Grade von der Kredit Hilfe durch den Bankenapparat abhängig.

Zwar wird man West-Berlin von Diskonterhöhungen infolge der engen Verflechtung mit dem Geldmarkt des Bundesgebietes nicht ausschließen können. Aber nichts spricht dafür, daß dies auch bei den Mindestreservesätzen oder bei einer — übrigens kaum zu erwartenden — konjunkturpolitischen Kreditkontingentierung so sein müßte, da niedrigere Mindestreserven in West-Berlin die Aufrechterhaltung gleicher Habenzinssätze nicht berühren und deshalb nicht zu einer unerwünschten Verlagerung von Bankeinlagen führen können. Andererseits ist bei dem geringen Anteil, den die Westberliner Kreditinstitute im Geldsystem des Bundes haben, eine Gefährdung der Restriktionspolitik für das Bundesgebiet — etwa durch die Ausnutzung der „zusätzlichen“ Kreditkapazitäten der Berliner Banken durch westdeutsche Kreditnehmer — zur Zeit jedenfalls ausgeschlossen.

Es wäre also sehr wohl möglich, daß Berlin hinsichtlich des Kreditgabenspielraums — falls künftig nötig — eigene Wege ginge. Besser wäre allerdings, wenn von vornherein — sowohl bei monetären als auch bei güterseitigen Entscheidungen des Bundesgebietes — stärker die regionalen Unterschiede im bisher erreichten Wohlstand in Rechnung gestellt würden. Für Berlin trägt jedenfalls die gegenwärtige westdeutsche Hochkonjunktur entscheidend zur Gesundung bei und läßt damit — bei weiterer günstiger Entwicklung — auch eine etwaige Begrenzung in den direkten Hilfen zukünftig nicht mehr als indiskutabel erscheinen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 160.
 Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium:* Dr. Gerhard Abeken, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.
 Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Rolf Wagenführ, Dr. Eduard Wolf.
 Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.
 Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
 Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.

